

V0074/23

**Feuerwehrbedarfsplan der Stadt Ingolstadt**

**hier: Grundsatzbeschluss zur notwendigen Weiterentwicklung der Feuerwehr Ingolstadt**

**(Referent: Herr Müller)**

**Antrag:**

1. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass die Garantie eines ausreichenden Sicherheitsniveaus bei abwehrendem Brandschutz und technischer Hilfeleistung einen sehr wichtigen Faktor für Ingolstadt als wachsende kreisfreie Stadt in der Region 10 mit der damit einhergehenden Verdichtung der Risiken darstellt.
2. Das unter [www.ingolstadt.de/feuerwehrbedarfsplan](http://www.ingolstadt.de/feuerwehrbedarfsplan) veröffentlichte externe Bedarfs-Gutachten der Stadt Ingolstadt mit den in Abschnitt 3 empfohlenen Maßnahmen zur Steigerung des Schutzzielgrades wird als konzeptioneller Orientierungs- und Entscheidungsrahmen bestätigt.
3. Der Stadtrat beschließt den Feuerwehrbedarfsplan mit der Maßgabe, dass die Verwaltung unter Einbindung von Arbeitsgruppen aus den Freiwilligen Feuerwehren bis zur Sommerpause 2024 ein Konzept zur schrittweisen Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen unter Beachtung von gemeinsam erarbeiteten Alternativen, Optimierungen und Prozessabläufen vorlegt, welches den Gestaltungsspielraum unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse bestmöglich ausschöpft.
4. Zur Sicherstellung des gesetzlichen Auftrags, auch weiterhin bestmöglich für die Sicherheit der Ingolstädter Bevölkerung sorgen zu können, werden folgende Sofortmaßnahmen beschlossen bzw. die Verwaltung beauftragt, entsprechende Maßnahmen zeitnah zu entwickeln:
  - a) Zwecks Optimierung der Standortstruktur wird die Verwaltung in einem ersten Schritt dem Stadtrat mögliche Grundstücksalternativen für eine Feuerwache Süd in dem laut Gutachten empfohlenen Suchraum zeitnah vorstellen und für weitere Planungsschritte aufbereiten.
  - b) Zur Sicherstellung einer hinreichenden Personalverfügbarkeit auch nach Übergang von rund 41 aktiven Einsatzkräften in den Ruhestand bis zum Jahr 2030 sowie zum Ausgleich üblicher Fluktuation wird bereits ab dem Haushaltsjahr 2024 begonnen, zunächst 3 weitere Ausbildungslehrgänge mit bis zu 50 Anwärter/innen einzurichten.
5. Der Feuerwehrbedarfsplan ist in 5 Jahren fortzuschreiben, um die konkretisierenden Maßnahmen ggfls. anzupassen.

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	11.07.2023	Vorberatung
Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht	13.07.2023	Vorberatung
Stadtrat	25.07.2023	Entscheidung

**Stadtrat vom 25.07.2023**

*Die Vorlage der Verwaltung V0074/23 und der Gemeinschaftsantrag V0721/23 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.*

Oberbürgermeister Dr. Scharpf bedankt sich bei allen Beteiligten, die bei der Formulierung des Antrags mitgewirkt haben, welcher sehr intensiv diskutiert worden sei. Die Verwaltung sei mit dem Ergebnis einverstanden und könne den Antrag so übernehmen.

Stadtrat Lipp gibt bekannt, dass die AfD-Stadtratsfraktion den vorliegenden Änderungsantrag grundsätzlich unterstütze. Der abwehrende Brandschutz für alle Stadtteile in Ingolstadt stehe für sie an oberster Stelle und Zielsetzung. Hierzu sei es unabdingbar, dass die beiden Säulen des Brandschutzes, die Berufsfeuerwehr und die freiwilligen Feuerwehren, entsprechend des erforderlichen Brandschutzes ausgestattet und unterstützt werden. Zu Punkt vier des Änderungsantrags, dem Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Ingolstadt-Südost, möchte die AfD-Stadtratsfraktion in Erfahrung bringen, ob tagsüber von Montag bis Freitag der Einsatz der Berufsfeuerwehr und Nachts sowie am Wochenende der Einsatz der freiwilligen Feuerwehren für den Brandschutz geplant sei. Weiter soll der Neubau des Feuerwehrgerätehauses von der Berufsfeuerwehr und der freiwilligen Feuerwehr gemeinsam genutzt werden. Hierzu möchten sie wissen, ob die freiwillige Feuerwehr dann nachts und am Wochenende die Einsatzmittel der Berufsfeuerwehr nutzen und ob die Teilung der Einsatzmittel überhaupt rechtlich noch zulässig sei. Die Notwendigkeit des Feuerwehrgerätehauses im Südosten erkenne die AfD-Stadtratsfraktion an und bittet um schnellstmögliche Umsetzung.

Herr Müller trägt vor, dass die Fachverwaltung des Referates III respektive das Amt für Brand und Katastrophenschutz zu dem vorliegenden externen Bedarfsgutachten als Grundlage für einen beschlussfähigen Feuerwehrbedarfsplan für die Stadt Ingolstadt grundsätzlich eine andere fachliche Einschätzung als die Verfasser des Antrages habe. Da der Verwaltung jedoch ebenfalls an einem zeitnahen mehrheitsfähigen Feuerwehrbedarfsplan für die Feuerwehr Ingolstadt gelegen ist, werde die Verwaltung die Änderungspunkte aufgreifen und auf dieser Grundlage Vorschläge zur Erarbeitung und Umsetzung eines gemeinsamen Bedarfskonzeptes für Berufsfeuerwehr und freiwillige Feuerwehr vorlegen.

Stadtrat Over geht darauf ein, weshalb sich die ÖDP-Stadtratsgruppe nicht an diesem Gemeinschaftsantrag beteiligt habe. Der Hauptgrund dafür sei, dass man Ihnen trotz nachfragen nicht erklärt habe, warum man die drei Schutzziele, die standardisiert im Feuerwehrbedarfsplan definiert worden seien, für angeblich spezielle Belange der Stadt Ingolstadt ändern möchte. Als Bürger der Stadt Ingolstadt und ehemaliges Blaulicht-Mitglied sei Stadtrat Over ein gutes Verhältnis zwischen der Freiwilligen Feuerwehr und der Berufsfeuerwehr sehr wichtig. Er befürchte nur, dass hinter der angedachten Veränderung der Schutzziele ein anderer Gedanke schwinde, nämlich die Stärke der Einsatzmittel. An die Antragssteller gewandt, bittet Stadtrat Over um Erklärung, weshalb man die definierten Standardschutzziele unbedingt öffentlich verändern möchte.

Stadtrat Dr. Böhm teilt mit, dass er selbst jahrzehntelang in einer Dorffeuwehr tätig gewesen sei. An Stadtrat Over gerichtet, antwortet er, dass das Gutachten seines Erachtens nach in Ordnung und die Mängel bei der freiwilligen Feuerwehr und Berufsfeuerwehr klar dargestellt worden sei. In seinen Augen seien diese berechtigt und sollten auch zwingend und baldigst angegangen werden. Stadtrat Dr. Böhm kritisiert, dass der Gutachter lediglich eine einzige Lösung angeboten habe. Zudem könne man Hagau nicht mit einer engen, hohen Bebauung wie z.B. in der Stadtmitte gleichsetzen. Für die Feuerwehr im Süden

würden unter der Woche zu wenig freiwillige Feuerwehrleute zur Verfügung stehen, sodass eine Lücke entstehen könnte. Deshalb müsse man mit der Berufsfeuerwehr eine Lösung finden. Dabei wolle man weder die freiwillige Feuerwehr noch die Berufsfeuerwehr benachteiligen. Im Gegenteil, diese würden sehr gut zusammen arbeiten und eine gemeinsame Kommission schaffen. Stadtrat Dr. Böhm ist der Meinung, dass man mit dem Ergebnis dieses Antrags eine sehr gute Lösung gefunden habe und damit auch Lücken füllen könne, die gefüllt werden müssen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll pflichtet bei, dass auch sie sehr dankbar darüber sei, nach langem Ringen mit den Beteiligten, zu diesem Konsenspapier gekommen zu sein. Es sei in der Tat notwendig, nun im Sinne der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger ins Handeln zu kommen und die ersten Schritte einzuleiten. Über die vorliegende Beschlussvorlage hinaus, würde man selbstverständlich noch weitere Schritte gehen müssen. Die Bereitschaft hierfür sei bereits signalisiert worden. Weiter bezieht sich Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll auf die unzureichende bauliche Situation des ein oder anderen Feuerwehrgerätehauses. Auch hier müsse man was auf die Beine stellen. Fraglich sei auch, wenn sich um die Berufsfeuerwehr gehe, ob man überhaupt genug Leute bekommt. Ein weiteres zentrales Ziel sei ebenso, die Motivation der Freiwilligen Feuerwehren nicht zu gefährden, sodass diese sich wertgeschätzt fühlen. Auf dieser Basis wolle man mit möglichen Varianten und Alternativen weiter gehen.

Stadtrat Dr. Spaeth bemängelt, dass die Stadtratsfraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN nicht an der neuen Fassung der Beschlussvorlage beteiligt worden sei. Er habe sich von Beginn an sehr positiv gegenüber dem Feuerwehrbedarfsplan geäußert, da er eine gute Arbeitsgrundlage nach wie vor darstelle. Die Schutzziele müsse man nun nochmal ausarbeiten. Die drei Säulen, dass die Bevölkerung gut versorgt sei und die freiwillige Feuerwehr und die Berufsfeuerwehr auf Augenhöhe zusammenarbeite, seien wichtig. Die freiwillige Feuerwehr sei seines Erachtens in der vorliegenden Beschlussvorlage sehr gut abgebildet. Die Berufsfeuerwehr hingegen fehle ihm ein bisschen. Bis 2024 soll mit der freiwilligen Feuerwehr und der Berufsfeuerwehr ein Konzept erarbeitet werden und die Personalzahlen noch mal neu erhoben werden, wobei diese bereits im Gutachten vorhanden seien. Stadtrat Dr. Spaeth hinterfragt, was passiere, wenn das gewünschte Ergebnis nicht eintrete. Deshalb tritt er mit der Bitte heran, dass nach wie vor die möglichen Standorte für die Berufsfeuerwehr im Süden weiterverfolgt werden. Man wisse nicht, was einen in der Zukunft erwarte, außer dass die Bevölkerungszahlen steigen werden. Die Stadtratsfraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN hofft inständig, dass die Motivation der freiwilligen Feuerwehren weiterhin bestehe. Weiter erkenne Stadtrat Dr. Spaeth an, dass es schwierig sei, Personal für eine Berufsfeuerwehr zu finden und zu binden. Trotzdem dürfe man sich dem nicht verschließen, da nach seinen Kenntnissen die freiwillige Feuerwehr die Berufsfeuerwehr vor Ort auch als Entlastung sehe.

An Stadtrat Dr. Spaeth gewandt, erklärt Stadtrat Ettinger, dass man die Stadtratsfraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN bei der Ausarbeitung des Änderungsantrags nicht berücksichtigt habe, da sich diese offensichtlich für die erste Fassung des Feuerwehrbedarfsplans ausgesprochen hatte. In diesem ersten Entwurf sei die Säule Berufsfeuerwehr stark überbetont und die freiwilligen Feuerwehren kaum berücksichtigt worden. Deshalb ginge man davon aus, dass die Stadtratsfraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN der Änderung ohnehin nicht zustimmen würde. Nachdem sich der zweite Entwurf der Stadtverwaltung ebenfalls stark auf die Säule Berufsfeuerwehr konzentriert habe, habe man sich über die Parteigrenzen hinweg zusammengetan, die entscheidende Ergänzung, nämlich auch die freiwilligen Feuerwehren wesentlich stärker miteinzubinden, auszuarbeiten.

Stadtrat Lipp macht darauf aufmerksam, dass seine Fragen noch nicht beantwortet wurden.

Herr Müller antwortet, es gehe nicht darum, ob es in diesen Bereichen weniger oder gar nicht brenne. Grundsätzlich sei das Risiko in den Tages- oder Nachtzeiten immer gleich. Es gehe letztendlich darum, wie Kooperationen auf Standorten so strukturiert werden können, dass die entsprechenden Einheiten die Alarmsicherheit abdecken. Vor dem Hintergrund seien mit den entsprechenden Änderungsanträgen Vorschläge unterbreitet worden, die man jetzt prüfen müsse. Ob der Neubau des Gerätehauses im Südosten von der freiwilligen Feuerwehr und der Berufsfeuerwehr gemeinsam genutzt soll, hänge von der Größe des Standortes ab, welchen man sich ebenfalls nochmal neu anschauen muss. Bisher habe die Planung die freiwilligen Feuerwehren von Ringsee, Unsernherrn und Rothenturm betroffen. Inwieweit die Berufsfeuerwehr dort mit eingepasst werden kann, sei Planungssache. Grundsätzlich müsse man berücksichtigen, dass Berufsfeuerwehren, die dann auch im entsprechenden Schichtsystem dort arbeiten würden, Sozialräume und Ruheräume brauchen. Es benötige eine entsprechende Technik und Fahrzeuge sowie Werkstattmöglichkeiten. Das bedeute, dass der Platzbedarf wesentlich über das hinausgehe, was das grundsätzliche Einstellen der Fahrzeuge angehe. Die Teilung von Einsatzmitteln zwischen den freiwilligen Feuerwehren und der Berufsfeuerwehr, die sowohl von der einen wie auch der anderen Einrichtung Fahrzeuge genutzt werden, sei zulässig. Dies könne man auch an der Beschriftung der Fahrzeuge erkennen. Dort stehe nicht nur Berufsfeuerwehr Ingolstadt oder freiwillige Feuerwehr Ingolstadt, sondern Feuerwehr Ingolstadt. Hier werde kein Unterschied gemacht, betont Herr Müller.

Stadtrat Over bedankt sich im Namen der ÖDP-Stadtratsgruppe bei den zuständigen Kolleginnen und Kollegen für die Arbeit und bittet um Zustimmung der Beschlussvorlage.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf schließt sich dem Dank von Stadtrat Over im Namen der Stadtverwaltung an, welche man v.a. im Blaulicht-Empfang nochmal kundtun werde. Es sei wichtig, die freiwilligen Feuerwehren und die Berufsfeuerwehr in dieser Frage nicht gegeneinander auszuspielen. Das Guteachten sei eine gute Grundlagenarbeit. Dass als Schlussfolgerung nur eine Alternative angeboten werde, sei in der Politik immer schwierig. Trotzdem sei noch nichts verloren und man könne mit dieser Grundlagenermittlung weiterarbeiten. Der Gemeinschaftsantrag laute, bis zur nächsten Sommerpause ein Konzept zu erarbeiten, wo man sich einer Lösung nähere. Tatsache sei ein notwendiger Handlungsbedarf, betont Oberbürgermeister Dr. Scharpf.

Stadtrat Niedermeier bezieht sich auf Punkt 5 des Änderungsantrags und weist darauf hin, dass der erwähnte Platz in Friedrichshofen nicht nur Platz der Feuerwehr sei, sondern auch als Gedenkstätte genutzt werde. Zudem befinde sich dort die sogenannte "Friedenslinde" und eine große Eiche aus dem letzten Jahrhundert. Und schließlich sei der Platz auch der Ort, an dem jährlich der Maibaum aufgestellt werde. Das Gebäude der Feuerwehr sei marode und nicht mehr zumutbar. Die Idee, das Gebäude abzureißen und dort Platz für die Berufsfeuerwehr und die freiwillige Feuerwehr zu schaffen halte Stadtrat Niedermeier jedoch für unmöglich, da der Platz hierfür zu klein sei. Das gekaufte Grundstück der Stadt Ingolstadt, welches sich am Ende bzw. Anfang von Friedrichshofen befinde, wäre in seinen Augen eine alternative Möglichkeit. Ob dies den Wünschen der freiwilligen Feuerwehr

entspreche, sei jedoch fraglich. Aus diesem Grund empfiehlt Stadtrat Niedermeier sich nach den Wünschen und Vorschlägen der freiwilligen Feuerwehr zu erkundigen.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf pflichtet Stadtrat Niedermeier bei.

Stadtrat Stachel bedankt sich für die über die Parteigrenzen hinweg sehr gute Zusammenarbeit. Er sehe in der Beschlussvorlage einen offiziellen Startschuss für einen ordentlichen Dialog zwischen den Beteiligten. Der Blaulicht-Empfang sei ein guter Anlass, um Danke zu sagen. Entscheidender sei jedoch, was man als Vertreter des Stadtrates das ganze Jahr über für diejenigen tut, die sich letzten Endes für die Sicherheit in der Stadt engagieren. Dafür sei es notwendig, sich miteinander an einen Tisch zu setzen.

Stadtrat Wöhrl stellt klar, dass für den neuen Standort Südost - Ringsee, Unsernherrn und Rothenturm - grundsätzlich nicht vorgesehen sei, die Berufsfeuerwehr dauerhaft im Haus unterzubringen. Davon seien die freiwilligen Feuerwehren nicht begeistert. Es sei lediglich eine angedachte Interimslösung, tagsüber ein oder zwei Autos der Berufsfeuerwehr dort zu stationieren, falls die Verfügbarkeit der freiwilligen Feuerwehren nicht ausreichen sollte. An Stadtrat Niedermeier gewandt, bestätigt Stadtrat Wöhrl, dass der aktuelle Standort der Feuerwehr für einen Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Friedrichshofen unbrauchbar sei. In einem Gespräch mit dem Kommandanten habe man festgestellt, dass Friedrichshofen eine schnelle Lösung brauche. Das Auto habe nicht die Größe, die Friedrichshofen brauche und der Platz für ein größeres Fahrzeug sei zu klein. Der Standort am Friedrichshofener Kreisel könnte nach Rücksprache mit der freiwilligen Feuerwehr eine Option darstellen. Besser wäre jedoch ein Standort in der Nähe der Feuerwehler, da ansonsten die freiwillige Feuerwehr dermaßen geschwächt werde, weil sie eine zu lange Anfahrt haben. Die Zusammenarbeit zwischen den freiwilligen Feuerwehren und der Berufsfeuerwehr dürfe man nicht außer Acht lassen und man benötige hierfür eine langfristige Lösung. Zudem brauche man aber auch mittelfristige und kurzfristige Lösungen mit den freiwilligen Feuerwehren, da die Sicherheit der Bürger Ingolstadts an erster Stelle stehe. Abschließend bedankt sich Stadtrat Wöhrl bei allen Mitwirkenden des Änderungsantrags, insbesondere Stadtrat Schäuble, als Schriftführer.

*Abstimmung über die Vorlage der Verwaltung V0074/23, mit der Maßgabe dass der Änderungsantrag V0721/23 übernommen wird:*

Mit allen Stimmen

Entsprechend dem Antrag genehmigt.